

## Bedenkliche Veröffentlichungen aus dem Blätterwald

### Kommunen:

„Leere Kassen sorgen für kuriose Steuern“

### **Immer mehr Kommunen reagieren auf die chronische Finanznot auf besondere Weise: Sie erfinden neue und kuriose Steuern.**

Die Tagesordnung im Essener Stadtrat am vergangenen Mittwoch war zunächst wenig spektakulär. Es ging um die Sparkasse, die Verluste der Bäder und das städtische Haushaltssicherungskonzept. Bei TOP 11 allerdings wurde es spannend: Der Rat beschloss etwas, das es in Deutschland bislang noch nicht gibt – eine „Vergnügungsteuer auf gewerblich genutzte Solarien“. 20 Euro pro Sonnenbank und Monat sollen die Betreiber künftig abführen. Die Ruhrgebietsstadt will so jährlich rund 150.000 Euro einnehmen. Viele Bürger sind angesichts der Bräunungsabgabe leicht irritiert. „Was kommt als Nächstes?“, fragt ein Essener Blogger im Internet. „Die Sondersteuer auf Lakritzschnecken, die in Essen über den Tisch gehen?“

Das sollte er lieber nicht zu laut sagen, sonst kommt der eine oder andere Kämmerer noch auf die Idee. Landauf, landab fahnden die kommunalen Kassenwarte derzeit nach neuen Einnahmequellen. Die Lage ist prekär: Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs hat sich das Defizit der Städte und Gemeinden im ersten Halbjahr fast verdoppelt. Die Kommunen gaben rund 7,8 Milliarden Euro mehr aus, als sie einnahmen, vor allem weil die Sozialausgaben nach oben schossen.

### ► **Waffenbesitzer sollen zahlen**

Beim Versuch, mehr Geld in die Kasse zu bekommen, erhöhen viele Städte jetzt zum einen bestehende Steuern und Gebühren – laut einer Umfrage der Unternehmensberatung Ernst & Young planen dies 84 Prozent der Kommunen. Zum anderen erfinden immer mehr Städte auch gleich ein paar neue Abgaben. Das Credo der Kämmerer: Was der Bund mit seiner Flug- und Brennelementesteuer kann, das können wir schon lange.

- Die Stadt Köln kassiert künftig von Touristen einen Zwangszuschlag auf Hotelübernachtungen. Mitte September gaben das nordrhein-westfälische Innen- und Finanzministerium grünes Licht für eine fünfprozentige Steuer auf die Zimmerpreise der rund 250 Kölner Hotels. Die offiziell als „Kulturförderabgabe“ titulierte Bettensteuer soll das leere Stadtsäckel mit jährlich rund 20 Millionen Euro füllen. „Da werden jetzt sicher andere Kommunen nachziehen“, sagt Andreas Wohland, Finanzexperte beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) in Düsseldorf. Grund: Kommunalrechtlich steht die neue Steuer nach der Genehmigung für den Vorreiter Köln nun allen NRW-Kommunen offen. Und auch in anderen Bundesländern dürfte die Kommunalaufsicht schwerlich Argumente finden, die Einführung einer solchen Bettensteuer zu untersagen.
- Stuttgart bittet ab 2011 die örtlichen Waffenbesitzer zur Kasse. Die neue Knarren-Steuer von 100 Euro, über die der Rat im Oktober entscheidet, soll jährlich rund 1,5 Millionen Euro in die Stadtkasse spülen. Ausgenommen sind Sportschützen und Personen, die von Berufs wegen eine Waffe tragen müssen. Derzeit sind in der baden-württembergischen Landeshauptstadt 29 000 private Gewehre und Pistolen registriert.
- Städte wie Frankfurt, Gießen, Marburg, Oberhausen und Köln kassieren bereits seit Längerem eine spezielle Verkehrsteuer auf gewerbliche Liebesdienste. Seit Jahresbeginn ist die Kleinstadt Dorsten mit dabei, im August folgte Sindelfingen – und in der kommenden Woche will Solingen nachziehen. In NRW hat die Landesregierung Anfang Mai die „Steuer auf sexuelle Vergnügungen“, die von Bordellen und Prostituierten gezahlt werden muss, ausdrücklich genehmigt. Jetzt denkt eine ganze Reihe weiterer Städte darüber nach, den Zufluss in ihre blutleeren Haushalte mithilfe des Rotlichtmilieus zu stimulieren. Das lebenslustige Köln nimmt damit rund 780 000 Euro im Jahr ein. Der Städte- und Gemeindebund arbeitet bereits an einer Mustersatzung.

Das brandenburgische Luckau plant als erste deutsche Kommune eine Steuer auf Windräder. Derzeit stehen im Stadtgebiet rund 30 Windkraftanlagen, 19 weitere sollen folgen. Pro Anlage wollen die Stadtväter künftig 3.000 bis 6.000 Euro kassieren. „Wir nutzen den gesetzlichen Rahmen, um neue Steuerquellen zu erschließen“, sagt der parteilose Bürgermeister Gerald Lehmann. Das Brandenburger Innenministerium will in Kürze über die Genehmigung entscheiden.

Allerdings sei die Tendenz „eher negativ“, verlautet aus Potsdam. Dem fiskalischen Erfindungsreichtum der Städte sind nämlich rechtliche Grenzen gesetzt. Zwar gehört zur kommunalen Selbstverwaltung auch, per Grundgesetz abgesichert, das Steuerfindungsrecht. Dies gilt aber neben der Gewerbe- und Grundsteuer nur für örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern, die an der privaten Einkommensverwendung anknüpfen – wie etwa Hunde- und Vergnügungsteuer oder die in Universitätsstädten beliebte Zweitwohnungsteuer.

## ► **Finanzielle Risiken**

Kaum Chancen dürften daher Überlegungen mehrerer Städte und Gemeinden haben, die in NRW eine Steuer auf Mobilfunkmasten erheben wollen. Nachdem eine Fachzeitschrift die Idee propagiert hatte, bat gut ein Dutzend Kommunen beim DStGB um nähere Infos. Juristen sind skeptisch, ob eine solche Abgabe rechtlich haltbar ist, auch weil geschäftliche und private Telefonate unterschieden werden müssten.

Ohnehin birgt die Strategie, durch neue Einnahmequellen die Haushaltslöcher zu stopfen, auch Risiken. Da Steuerzahler neuen Abgaben gerne ausweichen und zudem zusätzliche Erhebungs- und Verwaltungskosten anfallen, ist fraglich, ob die erhoffen Mehreinnahmen tatsächlich anfallen. Für ihre neue Bettensteuer etwa brauche die Stadt Köln mehr als 30 Leute, schätzt der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband, der über eine Klage nachdenkt. Und an einem wesentlichen Grund für die kommunalen Finanzprobleme gehen neue Abgaben ohnehin vorbei: Der Hagener Verwaltungswissenschaftler Lars Holtkamp schätzt, dass etwa 30 Prozent der kommunalen Defizite auf Missmanagement und unsinnige Großprojekte zurückzuführen sind.

Politische Rückendeckung erhalten die Kommunen dessen ungeachtet von der neuen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. „Wir respektieren das kommunale Steuerfindungsrecht als wesentlichen Bestandteil der Finanzautonomie“, heißt es im rot-grünen Koalitionsvertrag. Die Regierung werde „dies in ihrer Genehmigungspraxis zum Ausdruck bringen“. Einer nahm sich das bereits zu Herzen: Der neue Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) winkte die Kölner Bettensteuer durch, die er zuvor als Stadtkämmerer der Domstadt selbst initiiert hatte.

### **Fundstelle:**

**WirtschaftsWoche**-Online vom 01. Oktober 2010